

Falko Mohrs

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist genau die Art und Weise, wie Sie als AfD Politik machen. Das ist aber nicht die Art und Weise, wie wir strukturschwachen Regionen in unserem Land helfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Mohrs, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder – bemerkung von Herrn Brandner?

Falko Mohrs (SPD):

Also, noch mehr Bullshit-Bingo ertrage ich heute nicht. Nein.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Wie überheblich! Was ist das für eine Phrase! – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Wir müssen *Ihren* ganzen Bullshit ertragen! – Gegenruf der Abg. Claudia Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben Ihnen auch zugehört! – Stephan Brandner [AfD]: Was ist eigentlich „Bullshit“?)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

So, jetzt hat Herr Mohrs das Wort.

- (B) **Falko Mohrs (SPD):**

Was wir als Bundesregierung, was wir als Parlament in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben, ist doch genau, dass wir sagen: Wir wollen ein gesamtdeutsches Fördersystem, das eben nicht nach Regionen oder nach Himmelsrichtungen fördert, sondern sich daran orientiert, was vor Ort gebraucht wird. Mit dem Struktur-tärkungsgesetz werden wir deswegen 40 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um den Regionen, die im Strukturwandel sind, zu helfen, diesen Strukturwandel auch zu gestalten. Wir haben den Sonderrahmen zur Förderung der ländlichen Räume gestaltet, um allein in einer Säule mit über 30 Millionen Euro den Regionen zu helfen, die es nötig haben. Das ist nur eine der Säulen, die ich hier aufzählen möchte.

Meine Damen und Herren, wenn man auf zwei Seiten mit Phrasen die Probleme ganzer Regionen lösen möchte, dann ist das schäbig, dann ist das populistisch, dann ist das AfD.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Jan Metzler [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Falko Mohrs. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/14345 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist

strittig. Darüber müssen wir jetzt abstimmen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Federführung beim Finanzausschuss. Die Fraktion der AfD wünscht Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Energie. (C)

Ich lasse jetzt zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der AfD. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Keine Enthaltungen. Der Überweisungsvorschlag ist abgelehnt. Zugestimmt hat die AfD, abgelehnt haben alle anderen Fraktionen.

Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Federführung beim Finanzausschuss. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Der Überweisungsvorschlag ist mit Zustimmung der Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP und bei Ablehnung der AfD angenommen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2018

Drucksachen 19/6970, 19/7503 Nr. 1.2, 19/14402

Hierzu liegt uns ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor. (D)

Nach interfraktioneller Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, Platz zu nehmen und Gespräche woanders zu führen. – Danke schön.

Ich eröffne die Debatte, und das Wort hat die Staatsministerin Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dagmar Ziegler [SPD])

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung, und ich beginne mit einem Zitat:

[Sie] schuf eine neue und wundervolle Welt und zur gleichen Zeit eine neue Hölle. Sie gab der Wahrheit Flügel und der Unwahrheit ein doppeltes Flügelpaar. Sie wurde der Begründer und Beschützer menschlicher Freiheit, und doch ermöglichte sie Despotismus, wo er zuvor nicht möglich war.

Nein, die Rede ist nicht von der Digitalisierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern von der Erfindung des Buchdrucks. Und doch bringt Mark Twain mit diesen Worten, meine ich, auf den Punkt, was man – zugegebenermaßen in etwas sperrigem Amtsdeutsch – auch im

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Monika Grütters

- (A) Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung nachlesen kann: Die Medienrevolution hat heute wie damals zwei Gesichter. Jene vor gut 500 Jahren hat demokratischen Errungenschaften den Weg geebnet. Heute geht es darum, genau diese Errungenschaften zu verteidigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie gehen wir gegen Hassrede, Cybermobbing und Desinformation vor? Wie sichern wir mediale Vielfalt und Qualitätsjournalismus, die Basis für freie Meinungsbildung und politische Mündigkeit? Welche Rolle spielt dabei die Entwicklung öffentlich-rechtlicher Medienangebote? Diesen Schwerpunkten widmet sich der vorliegende Bericht.

Vor welchen Herausforderungen wir stehen, hat kürzlich auch eine Allensbach-Studie bestätigt: Nur 17 Prozent – immerhin – sehen das Internet als Forum des freien politischen Meinungsaustauschs. Das dürfte angesichts der im Netz zu beobachtenden Verrohung des öffentlichen Diskurses, der richtig brutalen Abwertung anderer Sichtweisen und der überproportionalen Hör- und Sichtbarkeit extremistischer Positionen auch niemanden mehr überraschen. Offensichtlich fordert nämlich die Digitalisierung nicht nur etablierte Geschäftsmodelle heraus, sondern auch unsere Demokratie. Deren Kern ist der vermittelnde Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen und Weltanschauungen. Digitale Plattformen, wo immer mehr Menschen sich heute bevorzugt informieren und austauschen, fördern aber Polarisierung mehr als Verständigung, und sie begünstigen eher die Verbreitung von Desinformation als von gut recherchierten Inhalten. Damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hier müssen wir mit medienpolitischen Maßnahmen gegensteuern.

Ich will das am Beispiel des Leistungsschutzrechts erläutern. Es soll dazu beitragen, dass mediale Vielfalt erhalten und Qualitätsjournalismus finanzierbar bleiben. Für mich steht außer Frage, dass Suchmaschinenbetreiber mit hoher Marktmacht eben auch Verantwortung tragen für die Auffindbarkeit von Inhalten, die nach journalistischen Qualitätsstandards erstellt wurden. Eine freie Presse ist die wirksamste Waffe gegen Desinformation und Manipulation. Sie ist die Hüterin einer offenen Gesellschaft und Wächterin einer lebendigen Demokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bundesregierung hat deshalb auf europäischer Ebene im parteiübergreifenden Konsens für das Leistungsschutzrecht und für die Verlegerbeteiligung gekämpft. Umso bedauerlicher fände ich es, wenn wir nun warten müssten, bis auch der letzte Artikel der EU-Urheberrechtsrichtlinie umgesetzt ist. Ich appelliere deshalb dringlich an alle Beteiligten: Lassen Sie uns das Leistungsschutzrecht und die Verlegerbeteiligung jetzt zügig umsetzen, am besten, indem wir genau diese beiden Teile aus der EU-Urheberrechtsrichtlinie vorziehen. Es geht hier um den Schutz journalistischer Qualität und medialer Vielfalt und damit natürlich wieder einmal um den Kern unseres demokratischen Selbstverständnisses.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

In Deutschland haben wir – auch aus unserer historischen Verantwortung heraus – ein fein austariertes Medienbild, eine gute Medienordnung, die es wert ist, verteidigt und weiterentwickelt zu werden. Wir dürfen und werden es nicht den IT-Konzernen überlassen, Rahmen und Regeln des demokratischen Diskurses zu setzen. Sorgen wir also in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und auf der europäischen Ebene dafür, dass digitale Technologie unserer Demokratie dienen kann. Der Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung ist dafür hoffentlich ein guter Wegweiser.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Rabanus [SPD])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Monika Grütters. – Nächster Redner: für die AfD-Fraktion Martin Renner.

(Beifall bei der AfD)

Martin Erwin Renner (AfD):

Grüß Gott, Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Liebe Zuschauer! Auch ich beginne mit einem Zitat eines Lyrikers, nämlich Rainer Maria Rilke. Er schrieb:

Nichts legt die Menschen so sehr im Irrtum fest wie die tägliche Wiederholung dieses Irrtums.

Ist das die bewusste Maxime und heimliche Agenda der Bundesregierung?

(D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Im Gegenteil!)

Herr im Himmel! Hatten wir doch am Mittwoch bei der Debatte über Meinungsfreiheit eine abgeordnete Dame von der Regierungskoalition, die hier am Pult sagte: Mit Ihnen rede ich gar nicht über Meinungsfreiheit.

Und schon sind wir beim Thema Medien- und Kommunikationsbericht. Wie die Regierung auf Grundlage des hervorragenden und sachlichen Gutachtens des Hans-Bredow-Instituts zu ihren Schlussfolgerungen gelangen kann, kann niemand mit gesundem, konservativem, freiheitlichem Verstand nachvollziehen. Die nach dem Rezept der Bundesregierung gebackene Medientorte kann in unserer digitalisierten Medienwelt niemandem schmecken.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Rezept für Medienpolitik ist hoffnungslos veraltet. Die Backzutaten sind schon lange verdorben. Der Gesetzgeber humpelt der Rasanz technologischer Entwicklung Lichtjahre hinterher, reißt eine regulatorische Hürde nach der anderen und fällt von einem Loch der Verantwortungslosigkeit in das nächste.

(Beifall bei der AfD)

In hervorragend detaillierten und umfassenden 80 Punkten weist das Gutachten des Hans-Bredow-Instituts